

## Anfrage

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Ortsbeirat Gartenstadt	14.06.2023	öffentlich

### **Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion Ladenzeile Niederfeld**

Vorlage Nr.: 20236534

#### **Stellungnahme Bereich Tiefbau**

Mit dem Ortsbeirat wurden in der Vergangenheit mehrfach Maßnahmen zur städtebaulichen Aufwertung der Ladezeile diskutiert.

Die diskutierten Maßnahmen sollen im Bereich der öffentlichen Verkehrsflächen realisiert werden und müssen daher im Rahmen des städtischen Haushaltes aus den Ansätzen für den Straßenbau finanziert werden.

Eine Finanzierung der Maßnahmen

- Neumöblierung des Platzes durch Sitzmöbel
- Gestaltung des Platzes mit Spielpunkten
- Herstellung eines Schachfeldes
- Aufstellung von urban gardening
- Rückbau der Parkplätze entlang eines Grünstreifens

mit Mitteln aus dem zu 80 % aus Straßenausbaubeiträgen finanzierten Straßenausbauprogramm ist nicht möglich, da es sich bei den genannten Maßnahmen nicht um Straßenbaumaßnahmen handelt. Die Umsetzung der Maßnahmen muss daher zu 100% allein aus städtischen Mitteln finanziert werden.

Vor dem Hintergrund, dass der städtische Haushalt defizitär ist und für das Jahr 2023 noch nicht genehmigt wurde, besteht derzeit die Forderung der ADD auf zusätzliche Einsparungen.

Damit können grundsätzlich nur Maßnahmen finanziert werden, deren Unabweisbarkeit nachgewiesen werden kann. Dieser Nachweis setzt voraus, dass diese Maß-

nahmen der Beseitigung gefahrdrohender Zustände und somit zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit und gefahrlosen Funktionsfähigkeit der verkehrlichen Anlage zwingend erforderlich sind. Diese Forderung wird von den zuvor genannten Maßnahmen nicht erfüllt. Die genannten Maßnahmen sind zwar städtebaulich wünschenswert, der Nachweis der Unabweisbarkeit kann leider nicht geführt werden.

Lediglich der Einbau von Gehwegvorsprüngen in die Fahrbahn der Niederfeldstraße zur Verbesserung der Sicherheit bei der Querung der Fahrbahn kann mit der Verbesserung der Verkehrssicherheit begründet werden. Eine Finanzierung dieser Maßnahme im Rahmen des Straßenunterhalts wäre nach Genehmigung des Haushalts denkbar und ist im aktuellen Arbeitsprogramm auch berücksichtigt.

4-141 TR 6602